

Mitten *im* Leben

CDU

Generalsekretärin Angela Merkel: Brücken in alle Bereiche der Gesellschaft bauen

Über 17 Millionen Menschen haben am 27. September 1998 CDU und CSU gewählt. Dies war zu wenig, um Politik weiter in der Regierung für Deutschland gestalten zu können. Dies ist aber ein klarer Auftrag für die CDU, kraftvoll für unsere Ideen und Ziele in entschlossener Oppositionsarbeit

zu werben. Diesem Anspruch können wir nur gerecht werden, wenn wir „Mitten im Leben“ stehen.

Nur „Mitten im Leben“ können wir die Sorgen der Menschen erkennen, ernst nehmen und die Probleme lösen. Daß dies dringend notwendig ist, zeigen die ersten Wochen der rot-grünen Bundesregierung. Chaos und Wirrwarr bei der Vorlage von Gesetzen, neue Belastungen gerade für die, die Arbeitsplätze schaffen können, Umverteilungen von einer Tasche in die andere, ohne die strukturellen Mängel unserer sozialen Sicherungssysteme zu beheben, eine Außen- und Sicherheitspolitik, die unter dem Deckmantel der Kontinuität

Fortsetzung auf Seite 3

Kommentare

Kriminalität

Jürgen Rüttgers: Die Herausnahme von Bagatelldelikten aus dem Strafrecht führt nur zu noch mehr Kriminalität. Das Rechtsbewußtsein nimmt erheblich Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen werden. Die Konsequenzen sind verheerend: Hemmschwellen werden gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt, kriminelle Karrieren gefördert. Ein eindeutig falsches Signal gerade angesichts des starken Anstiegs bei der Kinder- und Jugendkriminalität in den letzten Jahren.

Unsere Politik trägt Früchte

Hans-Peter Repnik: Die sozialdemokratischen Rezepturen aus den 70er Jahren sind auf jeden Fall ungeeignet, um unsere sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, die Abgabenlast der Bürger zu senken oder jungen Unternehmen gute Zukunftschancen zu eröffnen. Unsere Politik der vergangenen vier Jahre trägt Früchte, wie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beweist. Rot-Grün wäre gut beraten, auf diesem Weg weiterzugehen.

Aufbau Ost

Michael Luth: Der „Aufbau Ost“ wurde vom Bundeskanzler zur „Chefsache“ erklärt. Am 10. November hatte er in seiner zweistündigen Regierungserklärung dafür nur fünf Minuten übrig. Die 51seitige Koalitionsvereinbarung bietet für die Vollendung der deutschen Einheit nur eine 3/4 Seite inhaltsloser Überschriften.

Volker Rühle: Bewährungsprobe steht erst noch bevor

Beide Minister dieser Bundesregierung, der Außenminister und der Verteidigungsminister, haben von Kontinuität und Berechenbarkeit gesprochen.

Das ist gut so, und das ist ja auch ein Kompliment für die Politik, die vorher gemacht worden ist. Aber die Politik, in deren Kontinuität sich Herr

Fischer und Herr Scharping stellen, mußte irgendwann im Kampf durchgesetzt werden - hier und auch international. Deswegen: Die eigentliche

Bewährung wird erst dann kommen, wenn neue Fragestellungen auf Sie zukommen, ob auch Sie dann etwas im Kampf durchsetzen können,

was den deutschen Interessen dient und was eine vernünftige internationale Politik ist. Das ist die eigentliche Bewährungsprobe.

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
39**

„Stabile Preise, solides Wirtschaftswachstum, rückläufige Arbeitslosigkeit, niedrige Zinsen, geordnete Staatsfinanzen – das ist die Eröffnungsbilanz Ihrer Regierung. An diesen Zahlen und Trends werden Sie sich in der Zukunft messen lassen müssen.“

Wolfgang Schäuble

Angela Merkel: Vertrag mit Fußangeln

Wie das monotone Vorlesen eines Vertragstextes wird den Bürgerinnen und Bürgern der Vortrag der Regierungserklärung am 10. November im Deutschen Bundestag durch Bundeskanzler Schröder vorgekommen sein.

Es geht um den Inhalt der Regierungserklärung. Die Bürgerinnen und Bürger sollen den Text in aller Ruhe nachlesen und gut aufnehmen, damit sie sich auf ihn berufen und, wenn es sein muß, gegen Verstöße klagen können.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und seine Stellvertreter warnten in der Aussprache im Deutschen Bundestag vor besonders auffälligen Risiken:

■ Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt droht an den Langzeitarbeitslosen vorbeizugehen.

■ Die Unterstellung wahlkampfmotivierter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen läßt befürchten, daß 1999 weniger Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt angesetzt werden sollen als 1998.

■ Wer bezahlt das Versprechen, nach dem Rentner ab 60 ohne finanzielle Abstriche in

Rente gehen können und dadurch Arbeitsplätze freimachen?

■ Durch die Kindergelderhöhung wird Familien Geld in die eine Tasche gezahlt, das man ihnen durch die Öko-Steuerreform aus der anderen herauszieht.

■ Nur 5 Millionen Familien kommen in den Gebuß von jährlich 2.700 DM steuerlicher Entlastung, wenn eine Nettoentlastung von insgesamt 15 Milliarden nicht überschritten werden soll.

■ Höhere Strompreise werden Unternehmen in den neuen Bundesländern gefährden und ihnen Neuinvestitionen unmöglich machen.

■ Künstliche Nachfrageerzeugung wird die Preise in die Höhe treiben und bei nur einem Prozent zusätzlicher Inflation 18 Milliarden DM Kaufkraft vernichten.

■ Die Herausnahme von sog. Bagatelldelikten aus dem Strafrecht mit der Folge von Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Ladendiebstahl und Drogenkonsum wird Kriminalität nicht eindämmen, sondern begünstigen.

■ Kein Wort zu den Nachteilen der Agenda 2000 für die Landwirtschaft: höhere Agrarpreise, Einkommenseinbußen und ausufernde Bürokratie.

Das Haus ist gut bestellt

Michael Glos: Theo Waigel hat die finanziellen Herausforderungen der Wiedervereinigung erfolgreich bewältigt. Zuletzt sind die Bundesausgaben 3 Jahre in Folge gesunken. Heute sind die Zinsen in Deutschland auf hi-

storisch niedrigem Niveau. Für eine zweijährige Hypothek sind nur rund 5 % zu zahlen. Unter den SPD-geführten Bundesregierungen hatten wir Rekordzinsen. Baugeld war 1982 mit 11 % mehr als doppelt so teuer wie heute.

Abgabenbelastung senken

Friedrich Merz: Wenn Sie weitere Umfinanzierungen vornehmen, wird die Staatsquote steigen. Wenn Sie, Herr Lafontaine, ohne Rückführung der gesamten Abgabenbelastung eine reine Umfinanzierung durch Um-

schichtung von Geldern aus den Steuerhaushalten in die Sozialhaushalte vornehmen, werden Sie das Ziel, das Sie sich gesetzt haben und das wir teilen, nämlich die Absenkung der Arbeitslosigkeit, nicht erreichen.

Wolfgang Schäuble:

Eine breite Diskussion führen

„Die CDU Deutschlands wird in den kommenden Monaten bis zum Bundesparteitag im April in Erfurt eine breite Diskussion darüber führen, wie sich die bewährten Grundwerte und die Grundrichtung unserer Politik in einer sozialen Wirklichkeit widerspiegeln, die sich fortwährend und mit großer Geschwindigkeit verändert,“ erklärte der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble nach der Bundesvorstandssitzung am 23. November 1998 in Bonn.

Auf einer Klausurtagung im Januar werden sich Bundesvorstand und Präsidium dieser Diskussion ausführlich widmen, die daraufhin in zahlreichen Aktivitäten in den Ortsverbänden fortgeführt wird.

Zur Analyse der bisherigen Arbeit der Bundesregierung sagte Wolfgang Schäuble, daß sie Aktionismus suggeriere, aber konkreten und schwierigen Entscheidungen ausweiche. In der Steuer- und Abgabepolitik schaffe die Regierung „einen Verschiebebahnhof von nahezu gigantischen Ausmaßen“. Dies werde für den Verbraucher ein Nullsummenspiel, da in die eine Tasse fließe, was aus der anderen genommen werde. Ein besonderes Beispiel sei die Regelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Hier habe die anfängliche „heroische Anstrengung“ in einem „energischen Stillstand“ geendet, sagte Wolfgang Schäuble. Den Wortlaut eines Beschlusses des CDU-Bundesvorstands zu diesem Thema finden Sie auf Seite 5.

Fortsetzung von Seite 1

alles auf den Kopf stellt – angesichts einer solchen Politik ist es wichtig, daß wir als CDU auf die Menschen zugehen und für unsere Politik werben.

„Mitten im Leben“ ist deshalb ein Auftrag an unsere Mitglieder, an die vielen Ortsverbände in den Landes- und Bezirksverbänden. Wir müssen Brücken bauen in alle Bereiche unse-

rer Gesellschaft. Eine Volkspartei kann nur Volkspartei sein, wenn sie in allen Gruppen unserer Gesellschaft ihre Wurzeln hat.

Die Unverwechselbarkeit als CDU bewahren und offen für Neues sein – das muß unsere Aufgabe sein. Deshalb heißt es für uns alle: Raus aus den eigenen vier Wänden, rein in die Wirklichkeit. Dann werden wir „Mitten im Leben“ stehen. ■

HEUTE AKTUELL

● **Wolfgang Schäuble:**

Die CDU wird eine breite Diskussion führen.
Seite 3

● **Rot-Grün**

Ökosteuer schon verschoben.
Seite 4

● **Außenpolitik**

Fischer beschädigt deutsche Politik in der NATO. Seite 4

● **620-Mark-Jobs**

Beschluß des Bundesvorstands. Seite 5

● **Ausländerpolitik**

In der Ausländerpolitik herrscht ein heilloses Durcheinander. Seite 9

● **Öffentlichkeitsarbeit**

Neue Materialien zur Mitgliederehrung.
Seite 19

Fischer beschädigt die deutsche Position in der NATO

Unter dem Deckmantel der Kontinuität wird in der deutschen Außenpolitik alles auf den Kopf gestellt, erklärt Generalsekretärin Angela Merkel zu der Forderung von Außenminister Fischer, in der NATO-Strategie auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu verzichten.

Vor drei Wochen hat Joschka Fischer im Maßanzug und feinem Lächeln in Washington den Eindruck erweckt, in der deutschen Außenpolitik gebe es nach dem 27. September Kontinuität. Das glatte Gegenteil ist der Fall. Jetzt läßt Fischer die Katze aus dem Sack, wenn er den Verzicht auf die Nato-Doktrin des nuklearen Erstschlages fordert. Gleichzeitig muß Scharping ihn in Washington bei seinem Besuch wieder einfangen. Entweder hat Joschka Fischer in Washington bewußt die Wahrheit verdreht oder Scharping kennt den Koalitionsvertrag nicht, in dem ja – leider ein wenig unbeachtet – bereits der Verzicht auf die NATO-Doktrin des nuklearen Erstschlages gefordert wird. Unter dem Deck-

mantel der Kontinuität wird in der deutschen Außenpolitik alles auf den Kopf gestellt.

Dabei sollte jedem klar sein: Das Schicksal einer Nation entscheidet sich in der Außenpolitik. Hier dürfen wir uns keine ideologischen Spielereien leisten. Nur weil Deutschland heute in Frieden mit seinen Nachbarn lebt, dürfen wir doch mögliche zukünftige und auch gegenwärtige Gefahren, wie sich am Beispiel Irak zeigt, nicht von vornherein ausschließen.

Es waren nicht die Ideen und Aktionen der Friedensbewegung der 80er Jahre, die Theorien der Fischers, Volmers und Co., die uns in Europa zum Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre die friedlichen Revolutionen gebracht haben, sondern es war die Stärke der Nato mit der Nato-Doktrin des nuklearen Erstschlages, die in Europa Frieden in Freiheit gebracht hat. Dies dürfen wir unter keinen Umständen aufs Spiel setzen.

Ökosteuer schon verschoben

Zu den Zeitplänen der Koalitionsfraktionen für die Beratung der Steuergesetze erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Es sollte der erste große Wurf der neuen Regierung werden: die Ökosteuer. Schon nach den ersten Sprüngen landete dieser Tiger als Bettvorleger. Die Chronologie der Peinlichkei-

ten begann damit, daß die Beratungen eines so weitreichenden Gesetzes innerhalb von zwei Wochen durchgepackt werden sollten, in einer Nacht- und Nebelaktion wurde die Verschiebung der Ökosteureinführung von Januar auf April ausgekungelt, die Panzenseerie gipfelte in der Ausladung der bereits zu einer Anhörung eingeladenen Sachverständigen.

Beschluß des CDU-Bundesvorstands zur geplanten Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse

Bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen besteht dringender Handlungsbedarf. Die fortschreitende Umwandlung regulärer Arbeitsplätze in 620-DM-Jobs darf nicht länger hingenommen werden. Deshalb hat der Deutsche Bundestag bereits in der vergangenen Wahlperiode eine Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gefordert, die dem Mißbrauch wirksam begegnet und den Versicherungsschutz der Beschäftigten verbessert.

Auf der anderen Seite darf die von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern gewünschte Flexibilität der Beschäftigungsformen nicht behindert werden. Wir müssen in Deutschland für mehr Dynamik im Bereich von Niedriglohnbeschäftigung und Teilzeitarbeit sorgen. Vor allem gilt es, ein weiteres Abwandern von geringfügiger Beschäftigung in die Schwarzarbeit zu verhindern.

Die von der Regierungskoalition vorgestellte Neuregelung wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht. Die dringend erforderliche Mißbrauchsbekämpfung findet faktisch nicht statt – entgegen Schröders Ankündigung in seiner Regierungserklärung. Vorgesehen ist lediglich, die 620-DM-Grenze dauerhaft einzufrieren – was nichts anderes bedeutet als Reformunfähigkeit in der Sache.

Die vorgeschlagene Neuregelung beschränkt sich auf bloßes Umverteilen – Beiträge statt Steuern. Wie die Steuerausfälle von mindestens 4,5 Mrd. DM gedeckt

werden sollen, wird nicht mitgeteilt. Den Löwenanteil werden Länder und Kommunen zu tragen haben. Und der Beitragssatz in der Rentenversicherung kann auch nicht wie versprochen zum 1. Januar 1999 auf 19,5 % abgesenkt werden. In Schröders Regierungserklärung hieß es, die Senkung der Rentenbeiträge um 0,8 % werde „**pünktlich in Kraft treten**“. Der erste schwere Wortbruch bereits nach drei Wochen!

Gegen die Neuregelung bestehen gravierende verfassungsrechtliche Bedenken. Beiträge zu verlangen, ohne daß daraus Leistungsansprüche der Beschäftigten erwachsen, das widerspricht in eklatanter Weise sowohl den Grundprinzipien unserer Sozialversicherung als auch den Verfassungsgrundsätzen von Eigentum und Gleichheit. Das Bundesverfassungsgericht legt hier strenge Maßstäbe an – die geplante Neuregelung wird vor dem höchsten deutschen Gericht keinen Bestand haben.

Eine befriedigende Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse ist nur im Rahmen einer umfassenden Steuerreform und Sozialversicherungsreform vorstellbar, die die Steuer- und Abgabenbelastung insgesamt senkt. Nur dann kann die Flucht in abgabefreie Beschäftigungsverhältnisse oder in die Schwarzarbeit wirksam gestoppt werden. Die Belastung mit Steuern und Abgaben kann nur durch Einsparungen auf der Ausgabenseite vermindert werden. Sparen aber ist für die neue Bundesregierung leider ein Fremdwort. (Fortsetzung auf Seite 6) ▶

Rot-grüne Steuerpolitik gefährdet Stadtsanierung und Denkmalschutz

Als verheerende Entscheidung zu Lasten der Kommunen, der Wirtschaft und privater Grundstückseigentümer wertet der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz MdB, die Überlegungen von SPD und Grünen, die steuerlichen Sonderregelungen für die Städtebauförderung und den Denkmalschutz massiv zu beschneiden. „Wenn die bislang im Einkommensteuerrecht verankerten erhöhten Absetzungen künftig erheblich eingeschränkt werden, ist dies ein Bärendienst für die Städtebauförderung und den Denkmalschutz“, so Götz.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der Unionsfraktion fordert deshalb die Bundesregierung auf, „sich von dieser investitionsfeindlichen Steuerpolitik schleunigst zu verabschieden“.

Während in der Koalitionsvereinbarung noch vollmundig von einer Stärkung der Städtebauförderung die Rede sei, „soll ein paar Wochen später ein über viele Jahre hinweg bewährtes Förderinstrumentarium geschleift werden“. Die Städtebauförderung und der Denkmalschutz gerieten damit nach Auffassung von Götz in den Sog einer konzeptionslosen Steuerumverteilung, bei der Investitionen und Arbeitsplätze sträflich vernachlässigt würden.

Götz, der auch Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU ist, bekräftigte, daß die bislang geltenden steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung unverzichtbar seien.

„Die direkte staatliche Förderung von Sanierungsvorhaben und die steuerrechtlichen Vergünstigungen ergänzen sich bislang ideal.“ Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen seien zahlreiche Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik dringend auf diese steuerlichen Investitionsanreize angewiesen. Nur so könnten unter anderem eine Vielzahl von Konversionsprojekten, insbesondere die Umnutzung von entbehrlichen Militär- und Bahngrundstücken, oder Vorhaben in den neuen Ländern erfolgreich gemeistert werden.

Ein „Kahlschlag bei den Abschreibungsmöglichkeiten“ sei zudem Gift für die krisengeschüttelte Bauwirtschaft. Götz erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß nach gesicherten Erkenntnissen durch Städtebauförderprogramme der achtfache Wert an Investitionen und Bauvolumen ausgelöst wurde. Von einem Bauvolumen in der Stadtsanierung von acht bis zehn Milliarden Mark sei somit eine beschäftigungspolitische Wirkung von 100.000 bis 130.000 Arbeitsplätzen anzunehmen.

► Was wir brauchen, das ist eine umfassende Neugestaltung des gesamten Bereichs von Niedriglohnbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung, die auch den Bereich zwischen geringfügiger Beschäftigung und unteren Tariflohngruppen wirksam einbezieht. Wir brauchen mehr und nicht weniger Flexibilisierung und Differenzierung, wenn wir Angebot und

Nachfrage in diesem unzureichend erschlossenen Beschäftigungsbereich besser zusammenbringen wollen. Das wird nicht ohne ergänzende staatliche Leistungen im Sinne eines **Kombilohn-Modells** funktionieren können. Die Vorschläge der Bundesregierung lassen jeden Ansatz zu einer solchen umfassenden Regelung vermissen.

Klimakonferenz enttäuschend und Trittin enttäuscht auch

Anläßlich des Berichtes des Bundesumweltministers im Umweltausschuß zum Ergebnis der 4. Klimarahmenkonferenz erklärte der Umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold:

Die Ergebnisse der Klimakonferenz sind mehr als enttäuschend, da nur die in Kyoto getroffenen Positionen wiederholt wurden. In der Sache selbst sind wir keinen Schritt weitergekommen. Lediglich in der Zeitfrage wurde eine Vorgabe verabredet. Ich vermisse, daß der Umweltminister mit den zeitlichen Vorgaben auch inhaltliche Initiativen und Vorgaben verbunden hat.

Auf Betreiben der alten Bundesregierung wurde vom Wissenschaftlichen Beirat für Globale Umweltveränderung (WBGU) inhaltlich gut vorgearbeitet. U. a. wurden folgende Positionen verabschiedet:

- Festsetzung von verbindlichen, zeitlich und mengenmäßig bestimmten Zielen zur Begrenzung der Emissionen von Treibhausgasen entsprechend dem Berliner Mandat für die in der Klimarahmenkonvention aufgeführten Industriestaaten.

- Für die verbleibenden 200 Jahre soll eine Orientierung an den Toleranzfenstern, die sich durch die Vorgabe von genannten ökologischen, ökonomischen und sozialen „Leitplanken“ ergeben, vorgenommen werden. Diese „Leitplanken“ definieren das Toleranzfenster im Klimaschutz. Für die Verteilung der Reduktionsziele in den einzelnen Ländern empfahl der Beirat der „Pro-Kopf-Ansatz“ als grundsätzliches Kriterium.

- Neben Kohlendioxid müssen noch andere Treibhausgase wie Methan und Distickstoffoxid berücksichtigt werden.

- Für die Industrieländer wurden konkrete Reduktionsziele abgeleitet. Dementsprechend sollten bezogen auf 1990 die Industrieländer ihre Emissionen von Treibhausgasen bis 2005 um elf Prozent, bis 2010 um 23 Prozent und bis 2020 um 23 Prozent reduzieren. Langfristig bis 2050 ist eine Verringerung der Treibhausgase der Industrieländer um 77 Prozent notwendig.

- Besonders wirtschaftsstarke Industrieländer sollten sich verpflichten ihre Emissionen um deutlich mehr als elf Prozent zu reduzieren. Allerdings könnte ein Teil dieser Reduktionsverpflichtung durch gemeinsame Umsetzung mit Entwicklungsländern durchgeführt werden, um die Minderungskosten zu senken.

- Neben der nationalen Politik seien auch internationale und globale Instrumente, wie die gemeinsame Umsetzung von Maßnahmen und ein internationales Zertifikat-System einzusetzen, um so die Immission möglichst effizient und damit volkswirtschaftlich günstig zu mindern.

Zu keinem Zeitpunkt wurde deutlich, daß Trittin in der Gruppe der EU oder in der Konferenz selbst auf die Umsetzung dieser Positionen hingearbeitet hätte.

Ohne das Engagement von Frau Merkel wären wir heute im Bezug auf die CO₂-Reduktion keinen Schritt weiter.

Zitat

*„Für Herrn Schily gilt:
Wir werden ihn an seinen Taten,
nicht an schönen Worten messen.“*

Wolfgang Schäuble

SPD-Wortbruch bei Studiengebühren

Zur Einführung von Studiengebühren in Niedersachsen erklärte der neue Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung und Forschung, Thomas Rachel:

Schon kurz nach ihrem Amtsantritt verstrickt sich die neue Regierungskoalition in Widersprüche. Lauthals fordert die rot-grüne Bundesregierung, das Verbot von Studiengebühren gesetzlich zu verankern. Ausgerechnet das SPD-regierte Land Niedersachsen führt gerade jetzt Gebühren in Höhe von 100 Mark pro Student und Semester ein. Kaum ist die Bundestagswahl gewonnen, werden die Studenten abgezockt.

Was von den vom niedersächsischen SPD-Wissenschaftsministern Oppermann als „Verwaltungskostenbeiträge“ bezeichneten Gebühren zu Lasten der Studenten zu halten ist, hat sogar die Juso-Hochschulgruppe wie folgt auf den Punkt gebracht:

„Die Einführung dieser Einschreibgebühr bedeutet de facto nichts anderes als die Einführung von Studiengebühren. Das Wahlprogramm der Lan-

des-SPD scheint von vornherein bloße Wahlkampfaktik gewesen zu sein.“

Im Bundestagswahlkampf hat die SPD der Union vorgeworfen, daß sie Studiengebühren nicht per Bundesgesetz ausschließen wolle. Den schon vereinbarten Konsens zum Hochschulrahmengesetz (HRG) hat die SPD an dieser Formulierung scheitern lassen.

Die neue Bildungsministerin Edelgard Bulmahn spricht sich zwar im Bund gegen Studiengebühren aus. Wenn sie sich gleichzeitig in ihrem eigenen Bundesland Niedersachsen, in dem sie SPD-Landesvorsitzende ist und die SPD mit absoluter Mehrheit alleine entscheiden kann, nicht gegen eine Einführung von Studiengebühren durchsetzen kann, so dokumentiert dies eine erschreckende politische Hilflosigkeit.

Auf jeden Fall ist das niedersächsische Vorhaben ein Wortbruch und eine Täuschung derjenigen Studentinnen und Studenten, die sich auf das SPD-Wahlversprechen vor der Bundestagswahl verlassen haben.

Regierung soll Steuergesetze zurückziehen

Der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, erklärt:

Die massive Kritik der Ministerpräsidenten an den rot-grünen Steuerplänen ist berechtigt. Mit der einseitig auf die Stärkung der Nachfrage ausgerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik des SPD-Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine werden keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern bestehende Arbeitsplätze vernichtet. Lafontaines Vorschläge zur Steuerreform und zur Ökosteuer taugen nicht zur Überwindung der anhaltenden Investitions- und Wachstumsschwäche der deutschen Volkswirtschaft.

Die Bundesregierung wäre daher gut beraten, die Kritik, insbesondere des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, ernst zu nehmen. Die notwendige Konsequenz kann nur darin bestehen, beide Gesetzentwürfe zur Steuerreform und zur Ökosteuer zurückzuziehen.

In der Ausländerpolitik herrscht heillose Konfusion

Zum Streit der Koalition über die Äußerungen von Bundesinnenminister Schily erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers: Bundesinnenminister Schily ist noch keinen Monat im Amt. Und schon herrscht in der Ausländer- und Zuwanderungspolitik eine heillose Konfusion. In der Koalitionsvereinbarung tritt Schily für den Abbau von Zuwanderungshemmnissen ein; in Interviews hält er die Grenze der Belastbarkeit für überschritten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion läßt sich bei ihrer Ausländer- und Zuwanderungspolitik von drei Zielen leiten: Identität, Toleranz und Integration.

Das heißt konkret:

- 1. Wir wollen, daß die Zugangsbegrenzung für Ausländer, die nach Deutschland kommen wollen, weiter so eng wie möglich gestaltet bleibt.**
- 2. Wir wollen das Mögliche tun, um die in Deutschland lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft zu integrieren.**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bietet der Bundesregierung an, eine gemeinsame große Anstrengung von Bund, Ländern und Kom-

munen zu unternehmen, um diejenigen ausländischen Mitbürger in unsere Gesellschaft zu integrieren, die in Deutschland leben und bleiben wollen und die noch nicht integriert sind.

- Dann müssen wir dafür sorgen, daß es in Deutschland keine Schulklassen mehr gibt, in denen mehr als die Hälfte der Kinder ausländischer Herkunft sind.
- Dann müssen wir dafür sorgen, daß mehr Lehrer für einen besseren Sprachunterricht zur Verfügung stehen, wie etwa in Bayern.
- Dann müssen wir dafür sorgen, daß nicht 17,6 % der ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß bleiben, daß nur 43% der jungen Ausländer eine Lehre machen.
- Dann müssen wir dafür sorgen, daß in unseren Städten keine Ghettos entstehen.

Ein Zuwanderungsgesetz führt zu mehr Zuzug. Sonst macht es keinen Sinn. Wer aber für Integration ist, muß für eine enge Zugangsbegrenzung sein. Eine höhere Zuwanderung würde die Integrationswilligkeit von vielen Menschen in Deutschland überfordern. Sie würde nicht zu mehr Toleranz und Ausländerfreundlichkeit führen, eher zum Gegenteil.

Zahl der Asylbewerber steigt wieder

Aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen aus der Bundesrepublik Jugoslawien ist die Zahl der Asylbewerber in Deutschland im Oktober weiter gestiegen.

10.551 Menschen hatten Asyl beantragt, im September waren es 9.651, teilte das Bundesinnenministerium mit. Aus der Bundesrepublik Jugoslawien kamen 5.086 Personen nach

Deutschland. Das ist der höchste Stand seit Januar 1994. Seit Januar 1998 kamen insgesamt 27.171 Asylsuchende aus der Bundesrepublik Jugoslawien – weit überwiegend Kosovo-Albaner – nach Deutschland. In der Zeit von Januar bis Oktober haben insgesamt 79.479 Personen Asyl beantragt und damit 8.876 weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Münteferings Start macht verkehrspolitische Diskrepanz zwischen Rot und Grün deutlich

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zum Antrittsbesuch des Bundesministers im Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Mit der pragmatischen Darstellung seiner verkehrspolitischen Zielsetzungen hat Bundesminister Müntefering unsere Einschätzung bekräftigt, daß mit der Übernahme der Regierungsverantwortung die Rückkehr zur Realität unumgänglich wurde.

Von den Vorstellungen im Wahlprogramm der SPD ist nur noch wenig, von den Forderungen der Bündnisgrünen gar nichts mehr zu erkennen. Um so mehr wird aber auch deutlich, daß bei dieser Verkehrspolitik ein erhebliches Streitpotential innerhalb der Koalition vorprogrammiert ist und damit die für unsere Verkehrswirtschaft dringend notwendige Verlässlichkeit nicht mehr gegeben ist.

Begrüßenswerte Gemeinsamkeiten bestehen bei der Bahnreform, bei der Priorität

für die Verkehrsprojekte in den neuen Bundesländern, zum Bau der Transrapidstrecke Hamburg – Berlin, zur verstärkten Nutzung der Telematik, um die Verkehrsvernetzung zu verbessern, und zur Bedeutung weiterer Harmonisierung für das deutsche Güterverkehrsgewerbe, insbesondere auch bei der EU-Erweiterung, und für die Eisenbahnen im internationalen Verkehr. Bei diesen Gemeinsamkeiten sind wir bereit, eine konstruktive Politik zu unterstützen.

Grenzen gibt es für uns dort, wo die Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert würde, so z. B. bei einer Anlastung von Infrastrukturkosten in der Binnenschifffahrt. Erhebliche Probleme sehe ich auch durch die Einführung der Energiebesteuerung, insbesondere für die Berufspendler im ländlichen Raum, die auf das Auto angewiesen sind. Aber auch Bahn und öffentliche Verkehrsbetriebe werden deutlich mehrbelastet und müssen dies auf die Preise umlegen. Ein reines Abkassieren unter dem Deckmantel „Ökosteuern“ lehnen wir strikt ab.

Stimmen zur rot-grünen Krise

„Der Zeitdruck, unter den sich die Regierung selbst gesetzt hat, hat zu der ein oder anderen handwerklichen Schwäche geführt.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD)

„Ich habe zunehmend den Eindruck, daß sich die SPD zu einer ‚Chaos-Truppe‘ entwickelt.“

Heide Rühle, Bundesgeschäftsführerin der Grünen

„Der Start ist alles andere als optimal gewesen. Jetzt kann es eigentlich nur noch besser werden.“

Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD)

„100 Tage Schonfrist heißt nicht 100 Tage Narrenfreiheit.“

Michael Glos, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe im Bundestag

Neuer Adenauer-Kalender erschienen

Die Regentropfen auf dem Trenchcoat Konrad Adenauers sind auf dem Foto auch heute noch nicht trocken. So unmittelbar sind Sie mit dem Kalenderblatt des Monats Dezember 1999 Zeitzuge bei der Ankunft von US-Außenminister John Foster Dulles am Flughafen Köln/Wahn, wie er damals noch hieß, am 26. Juni 1958.

„Ein Geschichtsbuch, das man an die Wand hängen kann“ nennen die Herausgeber Joachim Kegel und Jörg Gottschalk ihren Monatskalender und denken insbesondere an die Jugend, wenn sie mit dazu beitragen wollen, daß man auch in Zukunft noch weiß, wer Adenauer oder Heuss waren.

Winston Churchill, die Päpste Pius XII., Johannes XXIII.

und Paul VI., das japanische Kaiserpaar Hirohito und Nagako, General Charles de Gaulle, der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion, der sowjetische KP-Chef Nikita Chruschtschow und

die amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower



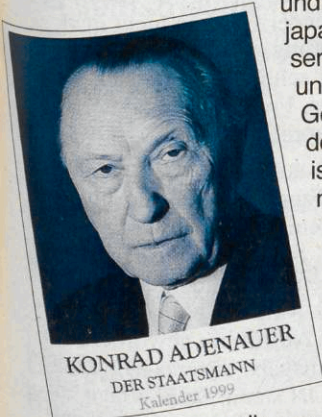
und John F. Kennedy – wichtige Personen veranschaulichen wichtige Ereignisse der Aufbauphase der deutschen Nachkriegsrepublik und markieren wichtige Stationen der Regierungszeit des ersten deutschen Bundeskanzlers. Sie

Deutsche Zeitgeschichte wird lebendig

zeigen vor allem die Wertschätzung für einen Mann, dem es gelungen ist, nach 1945 Vertrauen für Deutschland zurückzugewinnen.

Die 37 Duplex-Fotos auf hochwertigem Kunstdruckpapier werden kurz erläutert, und am Ende des Kalenders finden Sie eine Zeittafel mit Lebensdaten und politischem Wirken Adenauers.

Der Kalender (DIN A 3) ist zum Preis von 25 DM in der Buchhandlung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf (Tel.: 0 22 24/ 9 21-1 20, Fax: 0 22 24/9 21-1 11) und in zahlreichen anderen Buchhandlungen erhältlich.



Gibt es jemanden, der bisher erfolgreicher war als ich?

„Meine Erfahrung ist: Man muß auf die Leute zugehen und sie einfach ansprechen. Ich habe sogar den Eindruck, sie warten darauf.“ Auf einen Satz wie diesen läuft in der Regel alles hinaus, wenn Parteifreunde davon berichten, wie sie Mitglieder geworben haben.

Mehr als zehn Veranstaltungen haben seit Januar dieses Jahres in Landes-, Kreis- und Stadtverbänden stattgefunden, auf denen ca. 20, 50 und einige Male sogar mehr als 100 Teilnehmer ihre Erfahrungen untereinander austauschten und mit ganz ähnlichen Erkenntnissen aufwarteten.

Im Dezember 1997 hatte die Hauptabteilung Organisation in der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu einer Ideenbörse eingela-

Wolfgang Schäuble in seiner Rede auf dem 11. Parteitag in Bonn:

„Wir müssen noch mehr persönlich werbend auf die Menschen zugehen, die wir uns als Mitglieder wünschen.“

den und gleich im Januar damit begonnen, durch Mitgliederwerbung die Partei auch für den Bundestagswahlkampf zu mobilisieren, um in den Monaten danach die Mobilisierung der Partei durch den Wahlkampf für die Werbung von Mitgliedern zu nutzen.

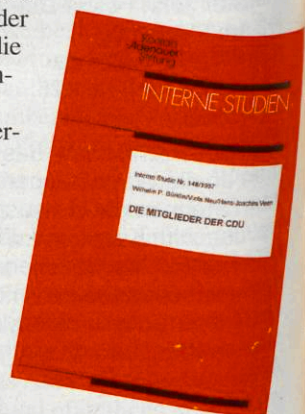
Immer mit dabei: Prof. Hans-Joachim Veen von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mitautor der Studie über „Die Mitglieder der CDU“ vom Oktober 1997.

Die wichtigsten Erkenntnisse dieser internen Studie finden Sie gleich nebenan auf den zwei Seiten „kurz & bündig“ als **Argumente zur Werbung für Mitarbeit und Mitgliedschaft in der CDU**, die bereits in UiD 11/1998 im selben Wortlaut erschienen sind.

Die sehr lebhaften Diskussionen in Halle, Landau, Oberursel, Neubrandenburg, Darmstadt, Euskirchen, um nur einige der Austragungsorte zu nennen, waren natürlich Ausdruck des großen Interesses an dem im Augenblick wichtigsten Projekt, aber auch Antwort auf den lebhaften Vortrag, mit dem Prof. Veen die nächsten Befunde der KAS-Studie in die allen vertraute innerparteiliche Wirklichkeit über setzte.

Insbesondere wenn nach Selbstverständlichkeiten wie danach gefragt wurde, ob denn jeder stets – und so auch heute – einen Aufnahmeantrag bei sich trage, gab es verblüfftes Lachen. Denn gerade auch an diesem Beispiel wurde allen deutlich, daß Mitgliederwerbung nicht in erster Linie eine Frage raffinierter Strategie ist, sondern der schlichten Bereitschaft von Mitgliedern, Freunde, Bekannte oder Kollegen anzusprechen.

Daß es wirklich auf diese Weise klappt, hat uns dieser Tage ein Rechtsanwalt aus Duisburg mitgeteilt: Von Januar bis zum Wahltag am 27. September hat er 73 Mitglieder geworben und seitdem bis heute noch einmal 20. Aktiv ist er nach seinen Worten auf den Aufruf hin geworden, der in der Januar-Ausgabe unseres Mitglieder-magazins UNION stand. Seine Frage am Telefon: „Gibt es jemanden, der bisher erfolgreicher gewesen ist als ich?“



Argumente

Werbung für Mitarbeit und Mitgliedschaft in der CDU

Die CDU – das sind ihre Mitglieder; und die Mitglieder – das ist das wichtigste Kapital der CDU. Dieses Kapital muß arbeiten.

Die Entwicklung Mitgliederzahlen zeigt, daß probate Mittel der Parteiarbeit nicht mehr ausreichen, um genügend viele Bürger und Bürgerinnen zur Mitarbeit zu bewegen.

Politische Beteiligung findet nach einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung mehr und mehr außerhalb der Institutionen politischer Willensbildung statt:

- punktuell und projektbezogen,
- zeitlich befristet und ohne die Bereitschaft zu dauerhafter Bindung.

Gleichzeitig ist ein neuer Typ von Parteimitgliedern „auf dem Vormarsch“:

- pragmatisch,
- selbstbewußt,
- problemorientiert,
- kritisch.

- Für ihn verliert Parteibindung durch Geselligkeit an Bedeutung.
- Er will vor allem mitgestalten und sich aktiv beteiligen.
- Er ist neuen Formen der innerparteilichen Willensbildung gegenüber aufgeschlossen.

Das heißt:

für die Einbeziehung externen Sachverstands,

für offene Foren kontroverser Politikdiskussion,

für die Einführung von Quoten zugunsten unterrepräsentierter Gruppen in der Partei.

Für ihn werden auch andere Formen der Politikvermittlung zunehmend attraktiv: von der Demonstration bis hin Bürgerinitiative.

Wie die Studie **Die Mitglieder der CDU** (= Interne Studie Nr. 149/1997) aufgrund einer Befragung von 3.500 CDU-Mitgliedern ermittelt hat, hängt politisches Engagement entscheidend von „Kosten-Nutzen-Erwägungen“ ab. Das Parteimitglied verbindet seinen persönlichen Einsatz mit der Erwartung,

- sich politisch weiterbilden zu können,
- neue Standpunkte zu entwickeln,
- mitreden und dazu beitragen zu können,
- die politischen Ziele der CDU durchzusetzen.

Wichtigster „Kosten“-Faktor:

Zeit, die man für die Parteiarbeit opfern muß, z.B. für abendliche Parteiversammlungen nach einem langen Arbeitstag.

Wenn eine Partei die Beteiligung ihrer Mitglieder erhöhen will, dann muß sie die Anreize gezielt verändern: mit neuen Aktionsformen, zu denen z.B. Generalsekretär Peter Hintze 1993 mit dem Wettbewerb um die beste "Aktion des Monats" angeregt hatte.

Die Studie bestätigt aber auch, was immer schon gegolten hat:

Es sind dieselben Motive,

mit denen sich aktionsbereite Mitglieder der CDU mobilisieren und interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Parteibei-tritt bewegen lassen, nämlich

- Freude am Engagement,
- Unterhaltung,
- soziale Anerkennung.
- Informations- und Karrierewünsche.

Wichtig: Eine „stille Reserve“ von 10 Prozent innerhalb der CDU wünscht, zur Mitarbeit aufgefordert zu werden.

Soweit die Feststellungen, die für das wichtige Wahljahr 1998 ideale Bedingungen beschreiben. Sie machen Anstrengungen der Partei und all ihrer Gliederungen erforderlich, damit vorhandene Bereitschaft nicht verspielt wird.

Die CDU muß in der öffentlichen Debatte auch personell sichtbar werden.

„Auf die Aktivmitgliedschaft kann auch in den Wahlkämpfen der modernen Mediendemokratie kaum verzichtet werden. Trotz zentraler Wahlkampforganisation und dem Einsatz moderner Kommunikationsmedien wird die erfolgreiche politische Überzeugung der Wähler über zwei Stufen wirksam: von der Parteiführung über die aktiven Mitglieder und Parteianhänger zum Bürger. Nur dann, wenn eine Partei in der öffentlichen Debatte auch personell sichtbar ist,

wenn sich ihre Mitglieder und Anhänger zu ihr bekennen und das Meinungsklima beeinflussen, wird sie die unentschlossenen Wähler gewinnen können.“
(Mitgliederstudie Seite 73)

Mitglieder werben Mitglieder

Wahlkampf oder Kampagnen mit ähnlichen eindringlichen Botschaften begünstigen die Mitglieder-Werbeaktionen der Partei. Die wichtigsten Kontakte, die dem Parteieintritt vorausgehen, werden jedoch durch Freunde und Bekannte, im Betrieb und in der Familie geknüpft. Ein knappes Viertel stellt den Kontakt zur Partei selber her. Bei einem Fünftel der Mitglieder hat den Ausschlag der direkte Kontakt zu einem Politiker oder die direkte Ansprache durch die örtliche Parteiorganisation gegeben.

Es zeigt sich: Die wichtigsten Träger der Mitgliederwerbung sind die Mitglieder selber.

Deren Bereitschaft darf nicht unter dem „grundsätzlichen Dilemma der Personalrekrutierung“ leiden, zu dem es in der Studie heißt: Je konsequenter und professioneller der Ausbau der Dienstleistungspartei vollzogen wird, um so geringer werden tendenziell die Chancen, aufgaben- und ämterorientierte Parteimitglieder anzusprechen (Mitgliederstudie Seite 111).

Die Mitglieder-Studie von Wilhelm P. Bürklin, Viola Neu und Hans-Joachim Veen kann für 5 DM (Vorkasse) bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Publikationen, 53754 Sankt Augustin, schriftlich bezogen werden.

Mit der CDU und Hartmut Perschau aufwärts oder mit Rot-Grün abwärts

Die Bremer CDU wird mit Hartmut Perschau in den kommenden Landtagswahlkampf ziehen. 97 Prozent der Stimmen erhielt er bei seiner Nominierung auf einem CDU-Landesparteitag. Die Bürger des Zwei-Städte-Staates sind am 6. Juni des nächsten Jahres aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Die CDU an der Weser regiert seit dem Sommer 1995 gemeinsam mit der SPD den Stadtstaat. Hartmut Perschau ist heute Finanzsenator und Bürgermeister in Bremen.

In seiner kämpferischen Rede umriß er sein Ziel: Die CDU müsse als stärkste Partei aus der Bürgerschaftswahl hervorgehen. Der Wähler stehe vor der Wahl: „Weiter aufwärts mit einer starken CDU oder abwärts mit Rot-Grün. So einfach ist das.“ Die CDU sei der Motor dieser positiven Entwicklung, sie habe den Kurswechsel durchgesetzt. Die Leistungsbilanz sei eindrucksvoll. Die Investitionen würden kontinuierlich steigen und gleichzeitig würde konsequent für die Sanierung der Landesfinanzen gespart. So sei bei den Gesamtausgaben wiederholt ein Nullwachstum erreicht worden.

Es sei ein Verdienst der CDU, daß die frühere Polarisierung zwischen Politik und Wirtschaft überwunden worden ist. Bremen liege im Ländervergleich beim Wirtschaftswachstum mit an der Spitze. Die Politik der Inneren Sicherheit habe in Bremen durch die CDU wieder an Bedeutung gewonnen. Prägnant faßte er die Erfolge der CDU-Politik zusammen: „Die Menschen fühlen sich wieder sicher. Wir sind wirtschaftlich leistungsfähig. Bremen und Bremerhaven entwickeln sich zunehmend zu sehr attraktiven Standorten. Und die Freie Hansestadt Bremen genießt außer-

halb wieder ein verbessertes Ansehen. Das sind wichtige Erfolge nach dreieinhalb Jahren CDU-Regierungsarbeit.“

CDU-Landeschef Bernd Neumann erinnerte in seiner Begrüßung daran, daß die CDU in Norddeutschland nur in Bremen Regierungsverantwortung trage. Dies sei eine besondere Verpflichtung. Er warnte davor, nach der Bundestagswahl eine politische Korrektur vorzunehmen. „Die CDU muß die Partei der Mitte bleiben, wir dürfen uns jetzt nicht bei den Grünen anbiedern“, rief er den Delegierten unter Beifall zu.

„Wenn die CDU überall so selbstbewußt auf die Zukunft ausgerichtet ist wie in Bremen, dann ist mir um die Zukunft der CDU nicht bange“, lobte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Volker Rühle als Gastredner die Weser-CDU. Er kenne kaum einen Politiker seiner Generation, der so erfolgreich sei wie Hartmut Perschau. Mit Blick auf die Bundespolitik kritisierte er scharf den SPD-Kanzler Schröder und die neue Bundesregierung. „Schröder ist kein Richtlinienkanzler, sondern ein Korrekturkanzler.“ Der Start der rot-grünen Regierung sei katastrophal und lasse Schlimmes für die Zukunft vermuten.

CDU gewinnt in Pirmasens Oberbürgermeisterwahl

An die Spitze der Stadt Pirmasens rückt erstmals ein Christdemokrat. Der CDU-Bewerber Joseph Krekeler gewann überraschend deutlich mit 57,6 % die Oberbürgermeister-Wahl. Sein Hauptkonkurrent, der Pirmasenser SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Stretz, landete abgeschlagen bei 30,4 %.

Arbeitsgruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge jetzt komplett

Die Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den CDU-Abgeordneten Georg Janovsky einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe gewählt.

Der 1944 in Reichenberg im Sudetenland geborene Janovsky gehörte 1990 der demokratisch gewählten Volkskammer und seither dem Deutschen Bundestag an und vertritt den sächsischen Wahlkreis 315 (Görlitz-Zittau-Niesky). Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Hartmut Koschyk, war bereits am 11. November 1998 in seinem Amt bestätigt und der Abgeordnete Peter Paziorek zu einem der Stellvertreter gewählt worden.

Mit der Wahl Janovskys zum stellvertretenden Vorsitzenden haben die Vertriebenen aus den neuen Bundesländern wieder eine unmittelbare Vertretung in der Arbeitsgruppe der Unionsfraktion. Bereits in ihrer nächsten Sitzung am 1. Dezember 1998 will die Gruppe über eine Initiative zum Vertriebenenzuwendungsgesetz beraten. Nachdem die CDU-Abgeordneten aus den neuen Ländern vor einiger

Zeit bereits Verbesserungen in der Anwendung des Vertriebenenzuwendungsgesetzes erzielen konnten, will die Arbeitsgruppe sich nunmehr weiteren Beschwerden von Betroffenen eingehend annehmen. Probleme waren in der Vergangenheit vor allem dann aufgetaucht, wenn Vertriebene ihren Wohnsitz in der ehemaligen SBZ bzw. DDR für längere Zeit unterbrochen hatten oder sie Bodenreformland erhalten hatten, was vielfach zum Ausschluß der Einmalzahlung von 4.000 DM führte.

Die inzwischen über 45 Mitglieder verfügende Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird als ständige Gäste die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka (Präsident des Ostdeutschen Kulturrates, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien sowie Sprecher des Rates der Ostdeutschen Landsmannschaften), Helmut Sauer (Salzgitter), Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU, sowie den Parlamentarischen Staatssekretär a. D. Horst Waffenschmidt einladen.

Die Soziologischen Gruppen der CDU/CSU-Fraktion

● Gruppe der Frauen

Vorsitzende: **Bärbel Sothmann**
Stellvertreterinnen: **Maria Eichhorn, Anke Eymer, Annette Widmann-Mauz**

● Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik

Vorsitzender: **Peter Götz**
Stellvertreter: **Albert Deß, Werner Lensing, Margarete Späte, Gert Willner**

● Arbeitnehmergruppe

Vorsitzender: **Karl-Josef Laumann**

● Parlamentskreis Mittelstand

Vorsitzender: **Hansjürgen Doss**
Stellvertreter: **Ernst Hinsken**

● Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge

Vorsitzender: **Hartmut Koschyk**
Stellvertreter: **Georg Janovsky, Dr. Peter Paziorek**

● Junge Gruppe

Vorsitzende: **Ursula Heinen**
Stellvertreter: **Klaus Holetschek, Axel E. Fischer**

Die Vorsitzenden (Sprecher) der Arbeitsgruppen und deren Stellvertreter (Obleute)

● Recht, Petition und Geschäftsordnung (einschl. Wahlprüfung und Immunität)

Vorsitzender: **Norbert Geis**
 Stellvertreter: **Roland Pofalla (Recht)**
Hubert Deitert (Petition)
Andreas Schmidt (Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung)

● Inneres und Sport

Vorsitzender: **Erwin Marschewski**
 Stellvertreter: **Wolfgang Bosbach (Innen)**
Peter Letzgus (Sport)

● Wirtschaft und Technologie

Vorsitzender: **Gunnar Uldall**
 Stellvertreter: **Dr. Bernd Protzner**

● Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Vorsitzender: **Heinrich W. Ronsöhr**
 Stellvertreter: **Albert Deß**

● Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Vorsitzender: **Dirk Fischer**
 Stellvertreter: **Georg Brunnhuber**

● Finanzen

Vorsitzende: **Gerda Hasselfeldt**
 Stellvertreter: **Heinz-Georg Seiffert**

● Haushalt

Vorsitzender: **Dietrich Austermann**
 Stellvertreter: **Peter Jacoby**

● Arbeit und Soziales

Vorsitzende: **Birgit Schnieber-Jastram**
 Stellvertreter: **Wolfgang Meckelburg**

● Gesundheit

Vorsitzender: **Wolfgang Lohmann**
 Stellvertreter: **Dr. Wolf Bauer**

● Auswärtiges

Vorsitzender: **Karl Lamers**
 Stellvertreter: **Dr. Andreas Schockenhoff**

● Verteidigung

Vorsitzender: **Paul Breuer**
 Stellvertreter: **Kurt Rossmannith**

● Angelegenheiten der Europäischen Union

Vorsitzender: **Peter Hintze**
 Stellvertreter: **Michael Stübgen**

● Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Vorsitzender: **Klaus-Jürgen Hedrich**
 Stellvertreter: **Dr. Christian Ruck**

● Bildung und Forschung

Vorsitzender: **Dr. Gerhard Friedrich**
 Stellvertreter: **Thomas Rachel**

● Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Vorsitzender: **Dr. Klaus Lippold**
 Stellvertreter: **Dr. Peter Paziorek**

● Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorsitzende: **Maria Eichhorn**
 Stellvertreterin **Ilse Falk**

● Tourismus

Vorsitzender: **Klaus Brähmig**
 Stellvertreterin **Anita Schäfer**

● Kultur und Medien

Vorsitzender: **Dr. Norbert Lammert**
 Stellvertreter: **Bernd Neumann**

● Angelegenheiten Neue Länder

Vorsitzender: **Dr. Michael Luther**
 Stellvertreter: **Günter Nooke**
 Sprecher Sport: **Klaus Riegert**
 Sprecher Bau- und Wohnungswesen:
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
 Sprecher Menschenrechte und
 humanitäre Hilfe:
Hermann Gröhe
 Stellvertreterin: **Monika Brudlewsky**

Ab sofort gibt's die **neuen Urkunden** im Versandzentrum!

Soviel Aufsehen nur wegen einer neuen Unterschrift? Nicht nur!

Die neuen Urkunden werden jetzt einheitlich im Format DIN A4 auf Laserdrucker-geeignetem Papier ohne Prägung hergestellt. Die Beschriftung aller Urkunden kann deshalb ab sofort mit jedem Laser- oder Tintenstrahldrucker vorgenommen werden. Durch diese Vereinheitlichung der Urkunden wird nicht nur ein erhebliches Maß an Zeit bei der Bearbeitung vor Ort eingespart, sondern es werden auch die Produktionskosten und damit die Verkaufspreise deutlich gesenkt.

Parteiabzeichen, Ehrennadeln und Urkunden zur Mitgliederehrung

● CDU-Parteiabzeichen

0232 Silber mit langer Nadel, Größe 5 mm 25 Expl. 23,00 DM

● Neutrale Urkunden, ohne Jahresangabe

0097 Ehrenurkunde DIN A4 ohne Mappe 50 Expl. 15,00 DM

0247 Mappe für Ehrenurkunde DIN A4 25 Expl. 18,50 DM

● 25 Jahre CDU-Mitgliedschaft

0233 Ehrenabzeichen in Bronze, mit langer Nadel 10 Expl. 17,50 DM

0396 Ehrenurkunde DIN A4, ohne Mappe 50 Expl. 15,00 DM

0247 Mappe für Ehrenurkunde DIN A4 25 Expl. 18,50 DM

● 40 Jahre CDU-Mitgliedschaft

0235 Ehrenabzeichen in Silber, mit langer Nadel 10 Expl. 17,50 DM

0644 Ehrenurkunde DIN A4, ohne Mappe 50 Expl. 15,00 DM

0247 Mappe für Ehrenurkunde DIN A4 25 Expl. 18,50 DM

● 50 Jahre CDU-Mitgliedschaft

0237 Ehrenabzeichen in Gold, mit langer Nadel 10 Expl. 17,50 DM

0071 Ehrenurkunde DIN A4, ohne Mappe 50 Expl. 15,00 DM

0247 Mappe für Ehrenurkunde DIN A4 25 Expl. 18,50 DM

● Für Besondere Verdienste

0449 Ehrenurkunde DIN A4, ohne Mappe 50 Expl. 15,00 DM

0247 Mappe für Ehrenurkunde DIN A4 25 Expl. 18,50 DM

● Ehrenurkunde der Frauen-Union

0242 Ehrenurkunde DIN A4 mit Mappe, 10 Expl. 14,40 DM

**Bestellungen
an:**

IS-Versandzentrum • Postfach 14 65
59306 Ennigerloh • Fax (0 25 24) 91 13 10
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*



▲ Die neuen Urkunden



▲ Die Ehrennadeln für 25, 40 und 50jährige CDU-Mitgliedschaft



▲ Das CDU-Parteiabzeichen

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



Aktionstip!
Verkaufen Sie die Tasse an Ihrem Infostand mit heißem Glühwein. Die Tasse kann nach dem Genuß des Glühweins behalten werden, wodurch an Ihrem Stand kein Müll anfällt.

▲ **Glühwein-Tasse: „Jammert mir nichts vor...“**

Bestell-Nr.: **9514**,

Verpackungseinheit: 6 Tassen, Preis je 6. Expl.: 25,80 DM zzgl. MwSt. und Versand

UID

39/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.